

Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Vierteljährlicher Pränumerationspreis für Einheimische 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittags 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die einspaltige Corpuß-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

# Thorner Wochenblatt.

N. 43.

Sonnabend, den 11. April.

1863.

## Thorner Geschichts-Kalender.

10. April 1649. Der Bischof von Culm, Andreas Leszczynski empfängt Namens des Königs Johann Kasimir die Huldigung der Stadt.
- " " 1698. Privilegium Augusts II., die ungehinderte Ausübung der lutherischen Religion.
- " " 1813. Dem russischen Befehlshaber der Ingenieure, Michaud, wird auf dem Bäckerberge ein Arm abgeschossen.
11. " 1574. Der Bürgermeister Nicolaus v. d. Linden stirbt.
- " " 1644. Beschluß des Rathes, wonach die Studenten der Jesuiten vor das Katharinen-Thor, die Studenten aus dem hiesigen Gymnasium vor das Altstädtsche Thor zu ihrer Recreation verwiesen werden und sich die Handwerksburschen von den Orten enthalten sollen.
- " " 1656. Die Schweden vertreiben die Jesuiten von hier.
- " " 1813. Die Besatzung der Stadt wird von dem Bäckerberge und aus dem Schulhschen Garten vertrieben, die Russen errichten eine Batterie auf dem Hasenberg; in die Stadt werden geworfen: 180 Bomben, 240 Granaten und 400 Kanonenkugeln.
12. " 1587. Ein Gesandter Kaiser Rudolfs geht persönlich den Rath an, für den Bruder des Kaisers, Maximilian, zur Erlangung der polnischen Krone auf dem Reichstage zu wirken.
- " " 1813. Es werden in die Stadt geworfen: 341 Bomben, 390 Granaten und 360 Kanonenkugeln. Deputirte der Bürgerschaft suchen den Commandanten zur Capitulation zu bewegen.
13. " 1607. Es wird eine Zauberin in der Weichsel ertränkt.
- " " 1813. Es werden in die Stadt geworfen: 420 Bomben, 130 Granaten, 920 Kanonenkugeln.

## Landtag.

30. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 9. April cr. Das Haus erledigte den 2. Petitionsbericht der Unterrichtskommission, sowie den 2. Petitionsbericht der Gemeindefiskal-Kommission. Die Gegenstände, wie die Debatte war ohne Belang.

## Politische Rundschau.

Zur Bewegung in Polen. Ueber Langiewiez lesen wir folgendes: Die Abreise von Krakau erfolgte im Geheimen, und bis nach Oderburg wußten nur Wenige, daß Langiewiez auf dem Train mitfahre. Von Oderberg aber südwärts wurde dessen Mitfahret bereits bekannt, und je tiefer man nach Mähren hineinkam, waren die Bahnhöfe trotz der kalten Nacht von Menschenmassen umlagert, welche auf Langiewiez warteten und denselben mit stürmischen Slavarusen begrüßten. Aber auch aus den Waggons erschallten während der ganzen Fahrt zahlreiche Bivatruse. In Lundenburg, wo Langiewiez aussteigen mußte, um mit dem Wiener Zug nach Brünn zu fahren, war das Gedränge in der dortigen Bahnhof-Restaurations, in welcher Langiewiez und der ihn bewachende Offizier Erfrischungen eingenommen hatten, fast lebensgefährlich. Um 5 1/2 Uhr Morgens langte Langiewiez in Brünn an, und fuhr von da ohne Aushalt zu Wagen weiter nach Tschnowitz. — Fräulein Pustowojtoff wurde nach der Abreise des Exdiktators von Krakau in Freiheit gesetzt und beabsichtigt sich nach Prag zu begeben. — Der Aufstand ist im Gouvernement Kowno im Wachsen. Es bilden sich neue Abtheilungen, die alten nehmen an Zahl zu. Die Bauern nehmen im

Allgemeinen am Aufstande lebhaft Theil. — Die Insurgentenschaaren entstehen folgendermaßen: Den anfänglichen Kern bilden Studenten, junge Edelleute, Kassei-Beamte aus den Städten, Privat-Offizianten aus den Ritterchaftsgütern und Handwerker; um diesen Kern sammeln sich alsdann Bauern. Solch eine Schaar nimmt nun in einer günstigen Waldgegend Posto. Die Bewaffnung bilden ein- und doppelläufige Jagdfinten, wenige Stutzen, Pistolen, Revolver und verschiedenartige Säbel. Wer kein Schießgewehr hat erhält, bis er sich eine Kugel erobert, eine Pike oder eine Sense, die im Lager selbst in improvisirten Schmiede- und Schlosser-Werkstätten fabrizirt werden. Gegen die Insurgentenschaaren werden nun sogenannte mobile Kolonnen ausgesandt. Wenn die Russen glauben in einer vortheilhaften Stellung zu sein, nehmen sie das Treffen an, wenn nicht, weichen sie aus. Die Truppen dringen sehr selten in die Wälder hinein, und kehren dann, ohne die Abtheilung ausfindig gemacht zu haben, in ihr Hauptquartier zurück. Leider muß man sagen, daß die Streifzüge der Truppen mit den traurigsten Spuren bezeichnet werden. Es ist schwer zu begreifen, wie die höheren russischen Offiziere das Rauben und Plündern geschehen lassen können. — In der Nähe von Kowno auf der Eisenbahn-Station Koslowa-Muda haben die Russen am 1. d. eine Niederlage erlebt. — In Kalisch hatte man am 7. d. große Besorgniß, weil sich die Insurgenten auf 6 Meilen der Stadt genähert hatten. — Ueber die Insurrection schreibt der Warschauer Korresp. der „Danz. Zeit.“ Folgendes: Der Aufstand ist nicht nur nicht zu Ende, sondern Alles spricht dafür, daß er binnen Kurzem mehr in Scene setzen wird, als wir erwarten können. Jedenfalls werden, wir mir vertraut wurde, Vorbereitungen in einer Art getroffen, die auf etwas sehr Bedeutendes schließen lassen. Die Entlassung von ein paar Insurgententruppen, so wie das Einstellen der Werbungen und der Auszüge geschehen nur aus Rücksichten, die mit der Anschaffung von neuen und besseren Waffen in Zusammenhang sind, und da es Thatsache ist, daß das Herbeibringen der besten Schießwaffen vom Auslande unaufhörlich vor sich geht; da es ferner Thatsache ist, daß eine Reorganisation des ganzen Insurgentenheeres in Ausführung ist, so ist nicht zu zweifeln, daß sowohl die entlassenen als auch alle andern und manche neue Insurgenten-Abtheilungen binnen Kurzem wieder und in stärkerer Maße zum Vorschein kommen werden. — Die „Opinion nationale“ erstattet Bericht über die Expedition nach Polen, die von England ausgegangen ist. Dieselbe verließ am 21. März London und schiffte sich in Southampton auf dem Dampfer „Ward Jackson“ ein, der der Londoner West-Hartlepool-Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehört; Kapitän des Schiffes war Walberley. Die polnische Legion bestand aus 158 Mann, darunter 28 Offiziere: Magnuski für die Infanterie, Tyszkiewicz für die Kavallerie, Ballance, ein junger Franzose für die Artillerie. Am 25. März warf der Dampfer im schwedischen Hafen Helsingborg Anker; hier stieß Bakunin zu der Expedition. Zugleich erfuh man hier, daß man in Petersburg bereits Wind von dem Unternehmen erhalten habe. Man beschloß daher, zuerst Emisäre vorauszuschicken und mit Vorsicht voran zu gehen. Indeß verlor der Kapitän den Muth, und als die Expedition nach Kopenhagen kam, ging er aus Land und trat mit seinen Matrosen in geheime Unterhandlung, so daß die ganze Mannschaft abrückte. Die Expedition bat den Kapitän nun, sie wenigstens nach Malmö auf schwedisches Gebiet zu führen, wäh-

rend Bakunin zum englischen Gesandten eilte, um Beschwerde zu führen. Zugleich trat man mit dem Agenten C. K. Hangen in Verhandlung. Dieser stellte Matrosen und brachte die Expedition nach Malmö, wo sie mit Jubel von der Bevölkerung begrüßt wurde. Hier sitzt sie nun; sie ist jedoch, wie die „Opinion Nationale“ hinzusetzt, nur verzögert, doch nicht gefährdet. In Kopenhagen erfuh Bakunin, daß die Londoner Gesellschaft, die das Dampfschiff stellte, zugleich Lieferungen für die russische Marine übernommen hat und in Kopenhagen eine russische Fregatte erwartete, für die sie Lebensmittel-Lieferungen stellen sollte. Die Londoner Gesellschaft scheint nun doppeltes Spiel gespielt zu haben und die Expedition, an deren Spitze Lapinski und Bakunin stehen, übel bedient zu haben. Die Ankunft der Expedition in Malmö wird von Kopenhagen aus bestätigt. — Am 31. März ist den russischen Truppen ein Ufaß publizirt worden, worin denselben das Morden, Rauben, Brandlegen, das Erschlagen Verwundeter und das Mißhandeln von Leichnamen bei Todesstrafe verboten wird. Auch sind wegen Insubordination strenge Strafen vollzogen worden. — Wie von unterrichteten Polen versichert wird, hat das bisherige Central-Comite (ausschließlich socialistisch-demokratisch) sich aufgelöst und an dessen Stelle eine neue Central-Behörde sich gebildet, die vorzugsweise aus Angehörigen der liberalen Mittel-Partei zusammengesetzt sein soll. Diese neue provisorische Regierung soll entschlossen sein, den bewaffneten Kampf gegen Rußland mit gesteigerter Energie fortzuführen und hat zu diesem Zwecke unterm 31. v. M. zwei wichtige Decrete erlassen. Durch das eine Decret ist eine allgemeine, von allen ehemals Polnischen Landestheilen zu entrichtende Nationalsteuer ausgeschrieben, durch das andere wird den Gutsbesitzern mit Rücksicht auf die vom vorigen National-Comite ausgesprochene Eigenthums-Verleihung die Abschließung von Zinsablösungsverträgen mit den Bauern verboten. Letzteres Verbot ist durch die Absicht der Russischen Regierung veranlaßt, die Eigenthumsverleihung an die Bauern in Polen in derselben Weise zur Ausführung zu bringen, wie dies in Litaunen geschehen ist. Am 3. d. wurde vom Verwaltungsrath über diese Angelegenheit ein definitiver Beschluß gefaßt und wie man hört, soll die Verkündigung der Eigenthumsverleihung schon in nächster Zeit erfolgen. — Mit dem Eintreten der milden Jahreszeit wird ein stärkeres Auftreten der Insurrection auch in Litaunen erwartet. Nochebrun wird in Paris, unterstützt von den Geldmitteln der Emigration, Offiziere für seine Rückkehr nach Polen, die er wahrscheinlich schon morgen antreten wird.

Deutschland. Berlin, den 8. April. Man schreibt der „Schl. Z.“: Die schlimmen Folgen des abnormen Zustandes der budgetlosen Verwaltung machen sich jetzt in der empfindlichsten Weise bemerkbar. Die Staatsregierung will die Einnahme- und Ausgabe-Rechnungen doch gern der Oberrechnungskammer zur Prüfung vorlegen, um die Finanzwirtschaft nicht ganz aus dem Geleise kommen zu lassen, namentlich auch der Decharge wegen. Nun kann und darf die Oberrechnungskammer die Rechnungs-Prüfung nicht vornehmen, ohne einen von dem Landtage genehmigten Etat; denn dieser bildet die Grundlage ihrer Prüfungen. Bekanntlich ist ein solcher genehmigter Voranschlag und Verwaltungsplan nicht vorhanden; es müßten also die Prüfungen und also auch die Decharge unterbleiben und somit die für den Staatscredit allerwichtigste Basis verloren gehen. In dieser Noth hat nun die Staatsregierung eine Uebersicht der

Staats-Einnahmen und Ausgaben dem Abgeordneten-  
hause zur Bestimmung, d. h. zur nachträglichen Geneh-  
migung vorgelegt, um diese Basis zu erlangen, als  
ein Surrogat des fehlenden Budgets, damit die Ober-  
rechnungs-Kammer die Rechnungen prüfen und die  
Staatsregierung solche dem Landtage mit dem Antrage  
auf Decharge vorlegen kann! Was geschehen soll, wenn  
das Haus auf ein solches abnormes Verfahren nicht  
eingibt, ist nicht abzusehen. — Den 9. Am 7. d.  
Mts. wurde vom Gericht eine Entscheidung getroffen,  
welche für den Handel und ganz besonders für den  
Geldverkehr von größter Wichtigkeit ist. Es ist näm-  
lich für zulässig erklärt worden, daß Eintragungen in  
das Hypothekenbuch mit beliebig hohem Zinsfuß ge-  
macht werden, sobald der Empfänger des Darlehns,  
zu dessen Sicherung die Eintragung geschieht, ein  
Kaufmann ist. Der Grund zu diesem Beschlusse ist die  
Bestimmung des allgemeinen deutschen Handelsgesetz-  
buchs, welche alle Zinsbeschränkungen bei Darlehen,  
welche an Kaufleute gegeben werden, aufhebt. Nach-  
dem durch diese Bestimmung der Geldverkehr für die  
Mehrzahl der Fälle vollständig freigegeben war, er-  
schien die Beschränkung des Zinsfußes beim Hypothe-  
kenverkehr, wie solche durch die Buchergesetze vorge-  
schrieben war, als ein Urding, und wenn der Fort-  
fall derselben durch die Aufhebung des Buchergesetzes  
auch sobald noch nicht zu erwarten steht, so ist doch  
zu erwarten, daß der vom hiesigen Gerichte ausgespro-  
chene Grundsatz bald in allen Hypothekenstufen der  
ganzen Monarchie Geltung erlangen wird. — Wie die  
„N. Z.“ meldet, ist der Regierungspräsident v. Schlei-  
nitz in Bromberg zum Regierungspräsidenten in Sig-  
maringen designirt. — Die ministerielle „Nordd. Allg.  
Ztg.“ sagt in einem Leitartikel: Die Regierung werde  
früher oder später aus ihrer Passivität gegenüber der  
Fortschrittspartei heraustreten müssen. Der geeignete  
Weg würde sein, ein Gesetz vorzulegen, welches neue  
Steuern und einjährige Extraordinarien ausdrücklich  
von der Zustimmung des Abgeordnetenhauses abhän-  
gig mache und das Recht der Regierung ausdrücklich  
festsetze, beim Mangel eines Budgetgesetzes die Staats-  
einnahmen nach der Norm des letzten gesetzlichen Bud-  
gets zu erheben. — Hierzu bemerkt die „Nat.-Ztg.“  
folgendes: Das „Entgegenkommen“ der Regierung  
würde also darin bestehen, daß dem Abgeordnetenhause  
zugemuthet würde, sein Recht auf die Bewilligung des  
Ordinariums preiszugeben, während in Betreff der  
Bewilligung neuer Steuern und des jährlichen Extra-  
ordinariums seine bisherigen Rechte nicht den gering-  
sten Zuwachs erhielten. Dabei kommt das offiziöse  
Blatt über den gegenwärtigen Konflikt, der ja eben  
das Extraordinarium des Militärstats betrifft, nur da-  
durch hinweg, daß es die verwegene Behauptung auf-  
stellt, es habe sich dabei gar nicht um ein „jährliches  
Extraordinarium“ gehandelt. „Die Ausgabe für die  
Armeeororganisation war in dem Augenblicke keine extra-  
ordinäre mehr, so bald die Regierung die definitiven  
Maßregeln derselben getroffen, so bald der Landtag  
dieselben bewilligt hatte; sie erforderte allerdings extra-  
ordinäre Einnahmen, aber eben nur auf eine bestimmte  
Zeit — bis zur Grundsteuerregelung.“ — Bei solcher  
Auslegung würde auch die Ausfüllung der „Lücke“  
nicht entfernt einen neuen festen Boden schaffen. —  
Den 10. Seitens des Kriegsministeriums sollen die  
Contracte mit verschiedenen Lieferanten, welche Liefere-  
nungen für die Truppentheile in der Provinz Posen  
übernommen haben, verlängert sein. — In Folge des  
Verbots der vier Zeitungen: „Süddeutsche Zeitung“,  
„Wochenschrift des Nationalvereins“, Hamburger „Re-  
form“ und „Bund“ hat der Handelsminister die Post-  
anstalten angewiesen, diese Zeitschriften auch nicht un-  
ter Kreuz- oder Streifenband zuzulassen. Der „Nürn-  
berger Korresp.“, bekanntlich ein großdeutsches Or-  
gan, sagt: „Es giebt ein Blatt in Süddeutschland,  
welches bereits vor zwei Jahren voraussagte, der erste  
deutsche Staat, welcher den Nationalverein verfolgen  
werde Preußen sein. Dieses Blatt war das unstrige  
und diese Voraussagung ist durch den Schlag gegen  
die zwei Hauptorgane des Vereins, die „Wochenschrift“  
und die „Südd. Z.“ in Erfüllung gegangen.“

**Baden.** Die Geistlichen aller Konfessionen müs-  
sen jetzt nicht bloß den Huldigungs Eid, sondern auch  
den Eid auf die Verfassung leisten. Diese zeitgemäße  
Anordnung der Regierung ist durch die steigende Re-  
ligiosität jüngerer Geistlicher gegen manche gesetzliche Ein-  
richtungen unseres Landes nothwendig geworden und  
muß als geschehene Abwehr einer beanspruchten Exem-  
ption von den Pflichten und Verbindlichkeiten jedes  
Staatsangehörigen betrachtet werden.

**Oesterreich.** Die „Allg. Ztg.“ bringt die  
Mittheilung aus Paris, Graf Rechberg sei mit Ent-  
werfung einer gemeinsamen Note betraut, welche Frank-

reich, England und Oesterreich an Rußland richten  
werden. — Aus Wien, den 28. März wird der  
„France“ geschrieben, Oesterreich habe von Rußland  
verlangt, daß die Rechte der polnischen Katholiken  
unter die Garantie Europas gestellt werden sollen;  
Fürst Gortschakoff habe sich aber darauf nicht einlas-  
sen wollen und entgegen gehalten, daß der Kaiser von  
Rußland Souverain sei über alle religiösen Angelegen-  
heiten des Reiches; das Wiener Cabinet wolle aber  
die von ihm angeregte Frage mit den anderen katho-  
lischen Mächten weiter besprechen. — Die hiesigen  
Blätter melden: „Im kommenden Quartal soll aber-  
mals eine Armeereduction ausgeführt werden, und  
zwar durch eine neue Formation der Infanterie-Regi-  
menter, wodurch eine Ersparung von circa 10,000  
Mann erzielt würde.“ Nachdem vor kurzem die Ar-  
mee um 40,000 Mann vermindert worden, mithin  
eine abermalige Verminderung, zusammen also eine  
Reduction von 50,000 Mann. Es leidet keine Frage,  
daß Preußen bei einer vernünftigen Politik geringeren  
Gefahren im Innern und im Aeußern ausgesetzt ist  
als Oesterreich. — Die „Gen.-Korresp.“ sagt, daß die  
Verhandlungen wegen einer gemeinsamen diplomatischen  
Aktion in der polnischen Frage, für welche un-  
leugbar Anhaltspunkte vorhanden sind, sich noch in  
der Schwebe befinden.

**Frankreich.** Mit den Waffen in der Hand  
wird Frankreich für die Polen Nichts thun, da Eng-  
land und Oesterreich keinen Krieg wollen. Die Sym-  
pathien der öffentlichen Meinung für Polen bleiben  
ungeschmälert; mehrere Theater sind bereit, Vorstellun-  
gen zum Besten der Verwundeten zu geben, und es ist  
möglich, daß ihnen dies gestattet wird. — Von der  
französischen Grenze, den 1. April, wird der „N. Z.“  
geschrieben: Daß augenblicklich wirklich ein Stillstand  
in den Unterhandlungen zwischen Frankreich und Ruß-  
land eingetreten sein müsse, geht unter Anderem schon  
aus dem Umstande hervor, daß Prinz Napoleon, der  
nebst dem Grafen Walewski, mit dem er in jüngster  
Zeit häufig verhandelte, sich am thätigsten in der  
Sache bewiesen hat, daran denkt, Paris zu verlassen.  
Zunächst soll bloß von einem Auszuge während der  
Osterfeiertage nach der Schweiz die Rede sein; es  
sind aber, wie aus Paris gemeldet wird, auch bereits  
alle Vorbereitungen zur Reise nach Egypten getroffen.  
Die Beibehaltung Douls, obgleich dieser Minister  
schon lange nicht mehr die Gunst des Kaisers besitzt,  
ist auch in diesem Sinne aufzufassen. Man will alles  
vermeiden, was augenblicklich an eine allzu energische  
Politik glauben machen könnte. Der gegenwärtige Fi-  
nanzminister wird aber gewiß nicht mehr lange im  
Amte bleiben. — Der Kaiser hat den polni-  
schen Juuven-Führer Nochebrun empfangen, ebenso  
der Prinz Napoleon. — Die „Nation“ enthält heute  
folgende Mittheilung: „Wir glauben zu wissen, daß  
die Unterhandlungen in Betreff Polens viel weiter vor-  
geschritten sind, als man bis jetzt gesagt. Frankreich,  
England und Oesterreich sollen sich geeinigt und eine,  
wenn auch nicht der Form, doch dem wesentlichen In-  
halte nach identische Note nach Petersburg gesandt  
haben. Wenn die andern Mächte, deren Gesinnungen  
man bereits kennt, wie Schweden, Portugal, die Schweiz,  
Italien, Spanien ic., sich diesem Schritte anschließen,  
wie man hoffen darf, so kann das Resultat nicht zwei-  
felhaft sein. Die Fortdauer des Aufstandes in Polen  
und der fast einstimmige Wunsch Europas können nicht  
verfehlen, einen tiefen Eindruck auf den edlen Geist des  
Kaisers Alexander zu machen. Die Mächte, so glau-  
ben wir, haben alles, was einem Druck ähnlich sehen  
könnte, mit Sorgfalt vermieden und vorgezogen, der  
Initiative des Czaren die Maßregeln zu überlassen, welche  
er für geeignet halte, einen Heerd periodischer Aufstände,  
eben so beunruhigend für Europa als unheilbringend  
für Rußland, auf immer zu ersticken.“

**Großbritannien.** Der Economist bespricht  
Graf Eulenburg's Erklärung über das Schicksal der  
polnischen Flüchtlinge in einem Tone der Entrüstung,  
gegen welchen die Aeußerungen der vorgestrichenen Times  
beinahe schüchtern zu nennen sind. Die conservative  
Presse bemerkt: „Wenn die preussische Regierung thut,  
was Graf Eulenburg in Aussicht stellt, so wird sie an  
dem Kampfe zwischen den Polen und Russen directen  
Theil genommen haben und folglich nicht nur . . . ,  
sondern auch eine baldige und angemessene Vergeltung  
auf ihr Haupt herabbeschwören.“ — Ganz eben so stark,  
wie der Economist, spricht sich der Examiner aus.

**Italien.** Eine Mailer Depesche bringt  
Nachrichten aus Rom vom 4. April. Man versicherte,  
der Papst habe an den Kaiser von Oesterreich geschrie-  
ben, um ihn für die Wiederherstellung Polens günstig  
zu stimmen.

**Rußland.** Petersburg, d. 7. Die Wie-

ner „Gen.-Korresp.“ theilt einen Brief aus Petersburg  
mit, nach welchem der Geheime Rath Korff in beson-  
derem Auftrage des Kaisers mit dem Entwurfe einer  
Art von ständischer Gouvernements-Verfassung beschäf-  
tigt ist. Die Kaiserin von Rußland macht eine Reise  
nach Kissingen. — Der Bau einer Eisenbahn von  
Kiew nach Odessa, 647 Werst lang, mit zwei Zweig-  
bahnen von je über 300 Werst Länge, ist einer rus-  
sischen Gesellschaft bewilligt worden. Für das dazu  
nöthige Capital von 55 Millionen Silberthaler garan-  
tiert die Regierung 5 Procent Interessen. — Viele  
Beurlaubten sind einberufen worden. Das „Journal  
de St. Petersburg“ veröffentlicht ein kaiserliches  
Decret, durch welches dem General v. Berg im Ver-  
hinderungsfalle des Großfürsten Constantin auch die  
Civilverwaltung Polens übertragen wird.

**Griechenland.** Athen, den 31. März.  
Die Gefesseltigkeit und besonders die Zuchtlosigkeit und  
die Uebergriffe der vollständig desorganisirten Armee  
nehmen hier immer mehr überhand. — Der Prinz  
von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg (Bru-  
der der Gemahlin des Prinzen von Wales, Prinzessin  
Alexandra) ist unter dem Namen Georg der Erste am  
30. März von der Nationalversammlung einstimmig  
als König von Griechenland gewählt worden.

### Provinzielles.

Graudenz, 7. April. Am Sonnabend Nach-  
mittag entstand auf dem Markte ein außergewöhnlich  
großer Scandal. Eine Anzahl entlassener Reservisten  
wurden aus einer Gastwirthschaft, wo sie des Guten  
zu viel thun wollten, an die Luft gestoßen und versuch-  
ten, durch ein Bombardement mit Steinen sich wieder  
den Eingang zu erzwingen. Die Polizei, zu schwach  
zur thätlichen Intervention, mußte um das Haus vor  
der Demolirung zu schützen, eine Militairwache herbei-  
rufen, welche die Aufwiegler verhaftete.

Marienburg, 31. März. Die jüngst von hier  
abgegangene Zustimmungs-Adresse an das Haus der  
Abgeordneten lautet: Die Unterzeichneten geben —  
in vollster Uebereinstimmung mit den zahlreichen, in  
Beziehung auf den Beschluß des Abgeordnetenhauses  
vom 1. d. M. anderweit gegebenen Kundgebungen —  
ihrer innigen Ueberzeugung dahin Ausdruck: eine Po-  
litik Preußens, welche die völkerrechtlich gebotene Neu-  
tralität, dem in Polen ausgebrochenen Aufstande  
gegenüber, aufgiebt, gefährdet die politischen und wirth-  
schaftlichen Interessen des Landes. Das Abgeord-  
nethaus, indem es in gefährdender Lage die wahre  
Willensmeinung des Preussischen Volkes ausgesprochen  
hat, verdient für diesen neuen, dem Vaterlande geleis-  
teten Dienst die Anerkennung und den begeistertsten  
Dank aller ächten Patrioten. Wir erklären uns fer-  
ner einverstanden mit dem Verfahren, welches das Ab-  
geordnetehaus bei Behandlung des Budgets für das  
Jahr 1863 eingeschlagen hat.

Marienburg, 15. März 1863. (G. G.)  
Elbing, 7. April. Die hiesige Königl. Poli-  
zeidirection bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß unsere  
städtischen Behörden 200 Thlr. zu Prämien für die-  
jenigen ausgesetzt haben, welche die Urheber von  
den im vorigen Monat hier verbreiteten Gerüchten  
über beabsichtigte Störungen der öffentlichen Ordnung  
oder von Bedrohungen und Anreizungen nachweisen.

Danzig, 8. April. In letzter Zeit hat sich hier  
ein so großer Mangel an Steuerbeamten für die Ab-  
fertigung der Schiffe gezeigt, daß die Aeltesten der  
Kaufmannschaft sich heute auf telegraphischem Wege  
an den Herren General-Steuer-Director in Berlin ge-  
wandt haben, um eine Abhilfe dieses für die Kauf-  
mannschaft sehr empfindlichen Uebelstandes zu erlangen.  
Auserdem ist Herr Commerzienrath Behrend und Herr  
B. Rosenstein deputirt, um mündlich noch eine ein-  
gehende Vorstellung an den Herrn General-Steuer-Director  
in dieser Angelegenheit zu richten. (D. 3.)

Gerdauen, 25. März. Mehrere Kreistagsmit-  
glieder haben bei dem Vorsitzenden des Kreis-tags den  
Antrag eingebracht: der Kreis-tag wolle beschließen, die  
Redaction des Kreis-blattes aufzufordern, nie wieder  
Aufsätze oder Artikel politischen Inhalts, sondern nur  
amtliche Bekanntmachungen in das Kreisblatt aufzuneh-  
men. Hierauf erging folgende Verfügung: Digi-  
ten Herren Antragstellern mit dem ergebenen Erwidern  
zu remittiren, daß der nebensiehende Antrag sich als  
Vorlage zu einem Kreis-tags-Beschlusse nicht eignet,  
weil die Redaction des Kreis-blattes lediglich Sache  
des Landraths-amts ist. — Wegen der von der Kgl.  
Regierung angeordneten Aufnahme der nebenbezeichne-  
ten Bekanntmachungen kann ich nur wiederholt an-  
heimstellen, sich direct an die Kgl. Regierung zu wenden.  
Kgl. Landrathsamt N. v. Below. J. B. (G. G.)



